

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung nach dem Gesetz vom 1. März 1909 über die Anzeiger für das Erzgebirge. - Erscheint wöchentlich. - Preis pro Nummer 10 Pf. - Abonnement 10 Mark pro Jahr.

Anzeigerpreise für die Anzeigerstellen: Die Anzeigerstellen für Anzeigen aus Aue und Umgebung zu 20 Goldmarken, auswärtsige Anzeiger zu 25 Goldmarken, Restante-Platzpreise zu 30 Goldmarken, sonstige Preise zu 40 Goldmarken.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 991

Nr. 85

Mittwoch, den 9. April 1924

19. Jahrgang

Die Lage des deutschen Geldmarktes.

Von besonderer Seite wird uns folgender Ueberblick zur Verfügung gestellt:

Die letzte Erholung, die die Aktienkurse an den letzten Börsen der vergangenen Woche zu verzeichnen hatten ist nicht von Dauer gewesen. Bismehr ist erneut ein starker Rückgang der Kurse, insbesondere am Mittwoch den 2. April, eingetreten. Die Zahl der Papiere, die in den letzten sechs Wochen die Hälfte ihres Wertes verloren haben, hat eine weitere Zunahme erfahren. Der Grund für diese Entwicklung ist nicht so sehr in der Lage der einzelnen Unternehmungen zu suchen. Denn auch die Aktien von Gesellschaften, die befriedigende Ergebnisse erzielten, sind kaum besser abgenommen als solche Papiere, von denen man weiß, daß die Lage der Unternehmungen recht ungünstig ist. Der ständige Kursdruck ist die Folge des Kapitalmangels, der die Situation der deutschen Wirtschaft darstellt. Man vermag sich nicht zu sagen, um den Folgen der Inflation und einer verfehlten Steuerpolitik zu entgehen, während die Erhaltung und die Neuschaffung von „Sachwerten“ die Parole war, daß die Gewinne schließlich in Betreibungen oder in Neubauten angelegt wurden. Nun ist wieder mit stabilen Geldwertverhältnissen zu rechnen, ist der Wert dieser Sachwerte einigermaßen problematisch. Er richtet sich wenigstens ganz schließlich nicht nach den Herstellungskosten, sondern nach den Ausnutzungsmöglichkeiten. Für die letzteren aber ist kaum etwas anderes so bestimmend wie die Frage, ob Betriebskapital vorhanden ist, um die leeren Lagerräume zu füllen und die stillstehenden Maschinen in Gang zu setzen. Gerade hierin aber besteht bei der überwiegenden Zahl der wirtschaftlichen Unternehmungen ohne Unterschied der Branche und Größe allgemeiner Mangel. Um diesen zu beheben, werden Bewilligungen auf den Markt gebracht, nicht nur solche aus den letzten Jahren, die mit Inflationsgewinnen erworben sind, sondern auch solche, die das Produkt jahrzehntelanger Gewinnhefäurteilung darstellen und einmal in gutem Golde bezahlt waren. Ebenso wie Hunderte von Gesellschaften große Pakete zum Verkauf stellen, so müssen sich Tausende und Zehntausende von Privatleuten von kleinen Pöstchen trennen, ebenfalls um Geld zu schaffen.

Das Ergebnis ist das Angebot auf der ganzen Linie, manchmal drängend und in erheblichen Posten herauskommend, manchmal nur in kleinen Summen an die Börse herantretend. Auf der anderen Seite ist die Aufnahmefähigkeit und erst recht die Aufnahmefähigkeit recht gering, jedenfalls außer Verhältnis zu dem Angebot. Es besteht auch, so lange nicht Auslandskredite in erheblichem Umfange einfließen, um das Schiff der Wirtschaft flott zu machen, das Betriebskapital zu ergänzen oder doch zu ergänzen, wenig Aussicht, daß diese freiwilligen Zwangsverkäufe - wenn ein solcher Widerspruch in sich zulässig ist - daß dieser Verkauf schließlich an sich auf lange hinaus wertvoller Aktien nur um so koste es was es wolle, Geld zu beschaffen, ein Ende erreicht. Gegenüber dieser Geld- und Binsfrage tritt die Gefahr einer unerwartet scharfen Zusammenlegung bei der Umstellung der Papiermarkt auf Goldmarkt in den Hintergrund, da zweifellos keine neuen Gesellschaften vorhanden sind, deren Aktien auch bei einer strengen Verunterscheidung des Nennwertes und der künftigen Dividendenaussichten einen Goldkurs von weit unter 100 Prozent haben. Das ist freilich Politik auf lange Sicht und hierfür haben viele Kreise wenig Interesse, zumal genug Unsicherheitsfaktoren politischer Art vorhanden sind, die auch die vorläufigste Kalkulation zu beeinträchtigen geeignet sind.

Der Eisenbahnerstreik vermieden.

Annahme eines Kompromißvorschlages von Defzer.

Es hätte nicht viel gefehlt, daß der Verkehrsstreik, der vor kurzem das englische Wirtschaftsleben auf einige Zeit lahmgelegt hat, ein deutscher Verkehrsstreik gefolgt wäre der in unserer, mit wirtschaftlichen Sorgen und Mühen so ungeschwer schwer ringenden Stunde. Ueberlich noch viel schlimmere Wirkungen hervorgerufen haben würde. Erstreckt sich diese Gefahr jetzt als beschränkt angesehen werden, denn man darf sich der Hoffnung hingeben, daß zwischen den streikenden Parteien auch über die noch nicht geklärten Differenzpunkte eine Einigung erzielt werden wird, nachdem man über die Vorfrage zu einer Vereinbarung gekommen ist. Daß darüber eine Einigung erzielt und damit mit größter Wahrscheinlichkeit der Streik vermieden worden ist, ist in vorderster Linie dem demokratischen Reichsverkehrsminister Defzer zu danken, der seine ganze Kraft und seine ganze Person eingesetzt hat, um zwischen den widerstreitenden Interessen des Reiches und denen der Eisenbahner

Aus dem Sachverständigenbericht.

Der „Matin“ teilt die wichtigsten Einzelheiten aus dem Inhalt des Berichtes mit. Danach enthält der Bericht 60 Seiten im Format des Gelbbuches und hat vier Teile:

1. Einleitungsbrief - der an Amerika gerichtet ist;
2. eine Uebersicht, enthaltend die Hauptprinzipien, die bei den Arbeiten und Schlussfolgerungen befolgt worden sind;
3. den eigentlichen Bericht;
4. zehn Beilagen von Wichtigkeit, da sie einen Teil der Beweisführung enthalten, ebenso wie das Projekt für die Goldbank, die Eisenbahngesellschaft und die Hypothekenanstalt der Industrie.

Als Zweck wird bezeichnet Heilung der Reichsfinanzen und Erzielung möglichst hoher Jahreszahlungen für die Reparationskasse.

Die Experten fordern zuerst vom Reiche selbst eine strenge Kontrolle seiner Finanzmaschine. Kommt es trotzdem zu Störungen und zum Ausschleiben der Zahlungen, so tritt automatisch eine weitgehend bevollmächtigte alliierte Kontrolle ein. Außerdem wird ein in diesem Falle bedeutender Teil der deutschen Einnahmen (Zölle, Verpflegungssteuer, Monopole) durch die deutschen Zollbehörden an die Reparationskasse abgeführt, welche nach Eröffnung der Goldbank gegründet wird. Die Reparationskommission verteilt die ihr zustehenden Summen, und der Rest verbleibt dem deutschen Staatsschatz (!).

Die Heilung der deutschen Währung besorgt die Emmissionsbank, welche die Reichsbank, die Rentenbank und die Schachtische Industrie-Kreditbank, die mit Londoner Geld gegründet wird, in sich aufnimmt; diese Bank hat 400 Millionen Kapital, davon ein Viertel der Reichsbank zugehörend, gegen Ueberweisung ihres gesamten Inventars, drei Viertel den internationalen Zeichnern, die im Verwaltungsrat vertreten sind. Die Noten sind mindestens zu einem Drittel gedeckt.

Das Gleichgewicht des Budgets und die Heilung der Finanzen beruhen auf der Einheit der Wirtschaft des Deutschen Reiches. Ohne von der militärischen Belastung zu sprechen, verlangen die Experten, daß den Deutschen im Okkupationsgebiet die freie Verfügung über die Zölle, Domänen und Eisenbahnen zurückgegeben wird. Im Rhein- und Ruhrgebiet bleibe ein alliierter Vertreter, um den Betrieb, d. h. die Sicherheit des Verkehrs zu überwachen und die Rückkehr eines geordneten Verkehrs zu ermöglichen.

Die Experten schlagen eine „Zahlungsübertragung“ an Deutschland vor, die jährlich zurückgenommen wird (was irrtümlich ein „Moratorium“ genannt wurde). Deutschland zahlt im ersten Jahre 1 Milliarde (und zwar

einen Ausgleich zu schaffen, und der gestern mittag seinen Kompromißvorschlag vorbrachte, dem das Kabinett, wie schon gesagt zustimmte. Aber auch den Gewerkschaften darf die Anerkennung nicht verweigert werden, daß sie trotz aller Streikdrohungen nicht verhandelt haben, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen, sondern daß sie, angesichts der schweren Bedenken, die die Regierung gegenüber den urprünglich von ihnen geforderten Lohn-erhöhungen in ihrer Auswirkung auf die Währung gehabt hat, sich bereit gezeigt haben, auf eine mildere Lösung einzugehen und sich mit der Bewilligung einer Stundenlohn-erhöhung um 6 Pfennige einverstanden erklärt haben. Es ist anzunehmen, daß nunmehr auch die Frage der Arbeitszeit keine unüberwindliche Schwierigkeit mehr bilden wird, zumal die Gewerkschaften schon vorher zur Ueberwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage der Reichsbahn zu einer vorübergehenden Verlängerung der Arbeitszeit von acht auf neun Stunden sich bereit erklärt haben.

Nachlese zu den bayrischen Wahlen.

Das Gesamtergebnis der bayrischen Wahlen, das nunmehr vorliegt, bestätigt das Bild, das die gestrigen Teilergebnisse gezeichnet haben. Im großen und ganzen durchaus. Die abgegebenen Stimmzettel lassen aber das Wahlergebnis heute doch etwas erfreulicher erscheinen. Sie beweisen, daß die Bayerische Volkspartei sich auf dem Lande sehr erheblich besser gehalten hat, als die ersten Meldungen vermuten ließen, und daß sie immer noch mehr als die doppelte Stimmzahl aufgebracht hat als die nächststärkste Partei: die Sozialdemokratie. Zwar hat diese wie alle übrigen früheren Parteien ebenfalls einen erheblichen Stimmenverlust zu beklagen, trotzdem aber hat sie sich sehr wahr-

800 Millionen aus Zolleinnahmen und 200 Millionen aus Verkehrssteuern), im 2. und 3. Jahre 1200 Millionen, im 4. Jahre 1750 Millionen, vom 5. Jahre an zahlt Deutschland 2480 Millionen aus drei verschiedenen Kapiteln und durch verschiedene Einnahmen gedeckt vom 6. Jahre werden je nach dem deutschen Wohlstand Erhöhungen gefordert, deren Prinzipien schon jetzt sehr genau ausgearbeitet sind.

Die 2480 Millionen des 5. Jahres setzen sich zusammen aus Budgeteinnahmen (1500 Millionen), davon 300 Millionen Transportsteuern, 680 Millionen Eisenbahneinnahmen, 300 Millionen Industriehypotheken. Die Eisenbahnen müssen 50 Jahre eine Gesellschaft bilden mit einem Kapital von 26 Milliarden, geteilt in 3 Milliarden Vorzugsaktien (ein Viertel die Alliierten und drei Viertel die Gesellschaft), 13 Milliarden gewöhnliche Aktien (Verzinsung je nach Geschäftsgang) in der Hand des Reiches, 11 Milliarden privilegierte Obligationen zu 6 Prozent (5 Prozent Zinsen, 1 Proz. Amortisationen), vom 4. Jahre an durch 37 Jahre hindurch abbezahlt in der Hand der Reparationskommission, 680 Millionen tragend. Die Reparationskommission hat das Recht, ihre Obligationen zu verkaufen und auf diese Weise rasch 10 Milliarden Goldmark zu mobilisieren.

Jedem Defizit unter einem dieser Kapitel entspricht also eine gleichwertige Forderung gegenüber den anderen Kapiteln. Ein Defizit bei den Eisenbahnen oder den Hypotheken würde durch Mittel aus den fiskalischen Einnahmequellen des Reiches gedeckt werden, die über die vorgezeichneten Beträge hinaus erhoben würden. Mit Recht hielten die Sachverständigen dieses letztere Problem für schwieriger als die Frage, wieviel und wie Deutschland zahlen könne. Sie schlagen die Errichtung eines ständigen Komitees, bestehend aus fünf Sachkommissaren, vor, zu denen ein von der Reparationskommission vorzuschlagender und von den Regierungen zu genehmigender Vorsitzender hinzukommen solle. Dieses Komitee solle die Aufgabe haben, einerseits die Konvertierung der Kapitalien vorzunehmen bzw. einzustellen, andererseits die Verwendung derjenigen Kapitalien zu regeln, die vorübergehend in Deutschland gelassen werden müßten, weil sie sich im Augenblick nicht konvertieren ließen.

W.D. schreibt zu dem Auszug des „Matin“ aus dem Sachverständigenbericht: Der Auszug des „Matin“ entspricht im allgemeinen den bisher aus der Presse bekanntgewordenen Grundlinien des Aufbaues des Sachverständigenberichtes. Ob die Einzelheiten richtig sind, muß abgewartet werden, bis der ganze Bericht amtlich vorliegt, was binnen ein oder zwei Tagen der Fall sein wird. Es dürfte sich empfehlen, bis dahin in der Beurteilung des Berichtes größte Zurückhaltung zu üben.

gehalten und darf angesichts der Bedrückungen, denen sie ausgesetzt war, recht zufrieden sein. Das dritte erfreuliche Ergebnis ist, daß die Säume der Deutschen nicht in den Himmel gewachsen sind. In Bayern selbst und im Reich war man auf ein erheblich höheres Anschwellen der bayerischen Stimmen vorbereitet gewesen. Daß die Demokraten stark dezimiert werden würden, war leider vorausgesehen. Es ist so wie kurz vor den Wahlen ein rechtstehendes Blatt geschrieben hat; sie sind mit Ehren unterlegen, da sie bewußt und offen für die Reichseinheit und gegen den bayrischen Partikularismus in die Wahlkämpfe gezogen sind. Wird man in dem Ausfall der bayrischen Wahlen eine Prognose für den Ausfall der Reichstagswahlen ziehen dürfen, insoweit wenigstens, als gehofft werden darf, daß der deutschbayerische Same doch nicht so gewaltig aufgeht wird?

Die nunmehr abgeschlossene Stimmzählung prägt folgendes Bild: Sozialdemokraten 433 821, Deutscher Block 78 818, Nationalliberale Landespartei 29 416, Kommunisten 208 017, Beamtenpartei Rückert 4504, Deutsche Volkspartei 5835, Christlichsozialer Partei 22 929, Beamtenpartei Kratochvil 19 480, Bayerischer Block 401 862, Unabhängige Sozialdemokraten 2393, Vereinigte nationale Rechte 197 500, Bayerische Volkspartei 919 587, Bayerischer Mittelstandsbund Südbay 6828, Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund 207 429, Mittelliste 399, Republikanische Partei 285, Roberger 7883, Liste Stähler 11 022.

Ueber die Zusammensetzung des künftigen Landtags läßt sich noch kein genaues Bild gewinnen. Die Berechnung auf Grund der vorläufigen Resultate ergibt: Bayerische Volkspartei 85 Sitze, Bayerischer Block 17, Sozialdemokraten 14, Bauernbund 6, Nationale Rechte